

DAMIT MÜSSEN WIR UNS AUSEINANDERSETZEN:

Die Parteien der „Kenia“-Koalition liegen mit ihren Vorstellungen noch weit auseinander. Den Vorschlag, den Rechtsanspruch auf sechs Stunden zu verkürzen, lehnen wir ab. Wer den Rechtsanspruch kürzt, nimmt in Kauf, dass insbesondere Frauen ihre Vollerwerbstätigkeit aufgeben müssen. Die Kosten für die über sechs Stunden hinaus erforderliche Betreuungszeit würden auf Gemeinden und Eltern abgewälzt. Am Ende wird das für alle teurer, und für Geringverdienende würde der Elternbeitrag das Einkommen auffressen.

Mit uns wird es kein Zurück zum geteilten Rechtsanspruch – halbtags für Arbeitslose, ganztags für Erwerbstätige – geben. Diese Regelung war unfair, bürokratisch und diskriminierend. Das Kindeswohl blieb außen vor. Der Ganztagsanspruch ist mit uns nicht verhandelbar, seine Reduzierung ist im Koalitionsvertrag nicht vorgesehen. Wir erwarten von CDU und Grünen, mit uns gemeinsam die Versprechen des Koalitionsvertrags – Entlastung von Eltern, Fachkräften und Gemeinden – einzulösen.



Dr. Verena Späthe, Sprecherin für Sozialpolitik

„Sachsen-Anhalt hat eine starke Kinderbetreuung – daran lassen wir nicht rütteln. Wir wollen das System weiter verbessern, die Eltern finanziell entlasten und die Qualität frühkindlicher Bildung erhöhen. Weil jedes Kind zählt.“

Wenn Sie sich für unsere Arbeit interessieren und verfolgen wollen, was wir tun, haben Sie viele Möglichkeiten:

SPD-Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt
Domplatz 6 – 9 · 39104 Magdeburg
Telefon: 0391 560-3005 · Fax: 0391 560-3020
E-Mail: fraktion@spd.lt.sachsen-anhalt.de

Die SPD-Fraktion im Internet:
www.spd-lsa.de
www.facebook.com/SPDFraktionLSA
www.twitter.com/spd_lt_lsa

Newsletter-Abo: www.spd-lsa.de/news-abo

Januar 2018

Herausgeber SPD-Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt,
Rüdiger Erben, Parlamentarischer Geschäftsführer,
Domplatz 6 – 9, 39104 Magdeburg, Telefon: 0391 560-3005

Redaktion Martin Krems-Möbbeck, Pressesprecher

Layout Corinna Domhardt, Öffentlichkeitsarbeit

Fotos pixaby.com (Titel), Susie Knoll 2015 (V. Späthe)

KINDERFÖRDERUNG:

WEIL JEDES KIND ZÄHLT:
FRÜHKINDLICHE BILDUNG
FÜR ALLE



SPD
Landtagsfraktion
Sachsen-Anhalt

DAFÜR SIND WIR ANGETRETEN:

Kinderbetreuung und frühkindliche Bildung gehören zu den starken Seiten Sachsen-Anhalts. Schon im Wahlprogramm zur Landtagswahl 2016 haben wir betont: „Der Zugang zu frühkindlicher Bildung stellt entscheidende Weichen für den Bildungserfolg von Kindern.“ Und weiter: „Mit einem garantierten Rechtsanspruch auf bis zu zehn Stunden Bildung und Betreuung haben wir die bundesweite Vorreiterrolle Sachsen-Anhalts auf diesem Gebiet gesichert.“

Trotzdem gibt es manches zu verbessern. Die Weiterentwicklung des Kinderförderungsgesetzes (KiFöG) ist deshalb 2018 eines der wichtigsten Vorhaben der SPD-Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt. Die Landesregierung hat angekündigt, frühzeitig einen Gesetzentwurf vorzulegen. Mit unseren sozialdemokratischen Vorstellungen gehen wir dafür in schwierige Verhandlungen, denn die Koalitionspartner CDU und Bündnis 90/Die Grünen verfolgen teilweise ganz andere Ziele.

DAS HABEN WIR VEREINBART:

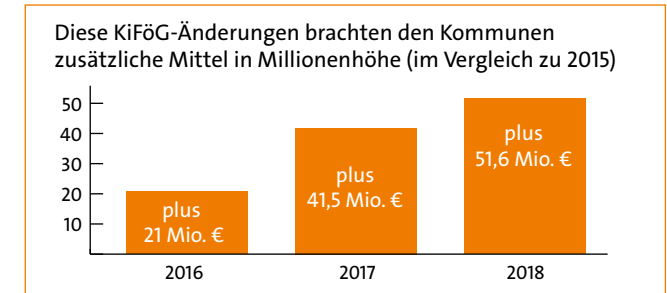
Im Koalitionsvertrag haben wir durchgesetzt:

- den Erhalt des flächendeckenden Kita-Netzes
- die Anpassung der Landespauschalen an die Tarifabschlüsse
- die Evaluierung und Überarbeitung des KiFöG
- die Nutzung aller Möglichkeiten zur Kostendämpfung für Eltern und Gemeinden
- die Verbesserung der Fachkraft-Kind-Relation durch Anrechnung von Urlaubs-, Krankheits- und Fortbildungszeiten
- die Ermöglichung sozialverträglicher Elternbeiträge durch angepasste Landespauschalen und durch Nutzung der Bundesmittel aus dem gescheiterten Betreuungsgeld
- eine Sonderförderung für Kitas in Vierteln mit besonderem Entwicklungsbedarf

Damit haben sich auch CDU und Grüne auf diese Grundsätze verpflichtet.

DAS HABEN WIR BEREITS UMGESETZT:

Mit den Reformplänen fürs KiFöG fangen wir 2018 nicht bei null an. Das waren die bisherigen Gesetzgebungsschritte: 2016 haben wir die Landespauschalen für die Kommunen an die Tarifabschlüsse angepasst und damit flächendeckende Beitragserhöhungen vermieden. 2017 haben wir die Maßgabe des Landesverfassungsgerichts umgesetzt, die Landespauschalen entsprechend den tatsächlichen Betreuungszeiten erhöht und die realen Kosten der Kommunen für die beitragsfreie Mehrkindbetreuung ausgeglichen.



DAS WOLLEN WIR JETZT ERREICHEN:

Erzieherinnen und Erzieher brauchen mehr Zeit, um Kinder bestmöglich fördern zu können. Perspektivisch müssen Urlaub, Krankheit und Fortbildung bei der Berechnung des Personalschlüssels umfassend berücksichtigt werden. Um einer realistischen Anrechnung dieser Ausfallzeiten näherzukommen, sollen zunächst zehn Krankheitstage im Jahr berücksichtigt werden. Weitere Schritte müssen folgen – dafür setzen wir auf Unterstützung durch eine künftige Bundesregierung. Eltern brauchen verbindliche Betreuungszeiten,

um Familie und Beruf vereinbaren zu können, und finanzielle Entlastung bei den Elternbeiträgen. Das gilt gerade für Geringverdienende, Mehrkindfamilien und Alleinerziehende. Unser Ziel ist die Gebührenfreiheit der frühkindlichen Bildung durch ein Engagement des Bundes. In einem ersten Schritt wollen wir in Sachsen-Anhalt sicherstellen, dass keine Familie mehr als einen Kita-Beitrag zahlen muss. Ab dem zweiten Kind soll der Beitrag vom Land übernommen werden. Damit können Familien zukünftig bis zu 2.000 Euro im Jahr sparen. Um die Kinderbetreuung bestmöglich zu organisieren

und die Finanzierung transparenter zu gestalten, sollen Gemeinden und Landkreise künftig noch enger zusammenarbeiten und mit den Trägern der Einrichtungen gemeinsam verhandeln. Eltern sollen vor zu hohen Beiträgen geschützt werden. Sachsen-Anhalt hat eine gute Kinderbetreuung mit einem starken Bildungsprogramm, ortsnahen Einrichtungen, einem verbindlichen Ganztagsanspruch für alle Kinder unabhängig von der Herkunft und der Erwerbssituation der Eltern und mit relativ langen Öffnungszeiten. Dieses System wollen wir weiter verbessern.